

19. Zusammenfassung: Fünf Gründe für die Krise des Formats „Volkspartei“

Die bis hierher beschriebenen „großen“ Verschiebungen in Mechanismen und Wahrnehmungen innen- und außenpolitischer Verhältnisse generierten sowohl ideologische wie alltagspolitische Gründe für die Ablehnung traditioneller Parteihabiti. Die Ablehnung wurde von den Wählern gegen beide Zentrums-Volksparteien gerichtet. Vor dem – offensichtlich historisch außergewöhnlich komplexen und in seiner heterogenen Zusammensetzung schwer kontrollierbaren – Hintergrund der jüngsten Entwicklungen haben zusammenfassend vor allem *fünf* Gründe die Glaubwürdigkeit von „Volkspartei“ untergraben:

1. *Ein allzu „liberaler“ Umgang mit dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.* Die seit den 2010er Jahren zunehmend „universale“ Krisenwahrnehmung der Bevölkerung – sei sie nun faktisch gerechtfertigt oder nicht – wurde mit Konzentration auf Verhaltens-, Korrektheits-, Mikro- und Partikularpolitiken beantwortet. Ein „starker“ Kosmopolitismus und eine oft bigott wirkende Pauschaltoleranz der Volksparteien gegenüber unterschiedslos *allem* sozial, kulturell und religiös „Anderen“ wurde von schweigenden Mehrheiten zunehmend als Vernachlässigung empfunden.
2. *Ein übervorsichtiger Umgang mit Rechtsstaatlichkeit und Scheu vor klarer Durchsetzung gesetzlicher Normen.* Sie reichte von übertriebener „geistiger Offenheit“ ohne klare eigene Position bis hin zur Toleranz gegenüber der Intoleranz. Das ließ manche am Durchsetzungswillen von Recht und Ordnung zweifeln. Die Folge: manche Wähler sahen den von den Volksparteien regierten Rechtsstaat als ineffizient, politisch vereinnahmt und in manchen Fällen als nicht mehr „gleich“ und „neutral“ an. Das förderte die Zuwendung von Wählersegmenten zu den Radikalen.
3. *Ausufernde politische Korrektheit* führte zu einer „No-Speech“-Kultur und Floskelrhetorik. Man sagte im Zweifelsfall lieber nichts als anzuecken. Man „schwiegte“ durch Wahlkämpfe“, wie Markus Lanz für die Merkel-Ära konstatierte, aber auch durch den politischen Alltag. Statt klarer Worte und politischer Analysen spielte man lieber wohlmeinende und „stark liberale“ Landesmutter und Landesvater.

Man zelebrierte die „unpolitische Politik“ (Ferdinand Knauß). Die „No-Speech“-Kultur griff auf verschiedenste Bereiche über. Sogar im erdigen Fußballgeschäft griff in der „Merkel-Generation“ der No-Speech. Die Kritik an Bayern-Vorstandschef Oliver Kahn, er habe in seiner Funktion „keine Eier“, war nur ein emblematischer Fall für das Merkel-Erbe des „No-Speech“²⁰¹: für eine Generation politischer Korrektheit und Selbst-Neutralisierung, die jedem und allen dienen wollte, ohne wirklich zu dienen. In Merkels „Raute“-Handzeichen entstand dafür ein bleibendes Symbol. Die „No-Speech“-Kultur führte zum Selbstbild einer „Schneeflockendemokratie“ durch Wähler und Jugend. In ihr waren bewußt oberflächliches Reden, um nichts zu sagen, und rhetorisches „In-die-Leere-Laufen-Lassen“ des Anderen kombiniert mit einer Durchsetzungs-Schwäche des Staates und einer (auch rhetorischen) Indifferenz der Institutionen. Beides erfolgte unter dem Mantel eines „wohlmeinenden Liberalismus“, der zugleich jedoch medial Meinungsdruck ausübte und weniger Verstöße bestrafte als vielmehr Nichtangepasstheit unangemessen zu finden schien. Ergebnis war der Verlust an Glaubwürdigkeit des öffentlichen Diskurses – in erster Linie jenes der regierenden Volksparteien. Es entstand die Gewohnheitswahrnehmung: „die Politiker“ sprechen an sich leer. In solchem Umfeld wurde es dann umso interessanter, wenn jemand plötzlich spektakulär (angeblichen) „Klartext“ sprach und dabei auch extreme Positionen präsentierte. Denn dann, so der Eindruck des nach „klarer Kante“ hungrigen Bürgers, wollte wohl jemand „wirklich etwas sagen“, und „es geht endlich um was“. Das machte es den Populisten leicht. Das Bedürfnis nach Authentizität stieß sich zunehmend an politischer Korrektheit – ohne dass diese Entwicklung bislang, wie in den USA, auch in den deutschen Volksparteien einen Donald Trump hervorgebracht hätte. Was im Blick auf die kommenden Jahre – etwa angesichts der Wählerentwicklung in Frankreich – eine positive, aber fragile Differenz bleibt.

4. *Ein überzogener Populismus-Diskurs wirkte sich negativ auf die Volksparteien aus.* Die übertriebene Angst vor angeblich allgegenwärtigem „Populismus“ führte zu Skepsis gegen den „Volkswillen“ in Teilen der Volksparteien. Man meinte in deren Führungsriegen, durch sogar vor-

201 Althoff, Jörg, Niedderer, Heiko und Wurzenberger, Lena: Rummenigges Nachfolger: Kann Kahn wirklich Bayern? In: Bild Zeitung, 16.04.2022, <https://www.bild.de/sport/fussball/fussball/fc-bayern-muenchen-kann-oliver-kahn-wirklich-bayern-79794014.bild.html>.

beugende Distanz vor jeder zu starken Nähe oder gar Jovialität zum „Volk“ jeden eigenen Geruch von „Populismus“ vermeiden zu müssen. Je mehr die Angst davor, in den Dunstkreis der „Populisten“ gezogen zu werden, um sich griff, desto mehr übersah man, dass repräsentative Demokratie – gerade dort, wo sie nicht nur Republik ist – die mittels Institutionalisierung positiv kanalisierte Form eines „guten“ Populismus ist. Dessen fundamentale Ambivalenzen sind Demokratie noch eher als Republik eingeboren. Die grundlegende innere Ambiguität der Beziehung zwischen Demokratie und „Volkswille“ ist nicht zu lösen, sondern nur zu gestalten. Das lehrt exemplarisch bereits Platons Dialog „Gorgias“, der nicht zufällig seinen Autor wegen der treffenden Charakterisierung des demokratischen Dilemmas zwischen rhetorischer Volksverführung und Repräsentation des Volkswillens auf einen Schlag berühmt machte (geschrieben 386 v. Chr.).

5. Schließlich tendierte eine seit Jahren immer *stärker individualisierte Karriereorientierung* dazu, in den Volksparteien vermehrtes Taktieren politischer Führungspersönlichkeiten zu etablieren. Es ging nicht mehr ausschliesslich um die Partei, sondern gleichermassen um sich selbst. Das führte dazu, dass sich engere Gesichtskreise abbildeten und segmentierende Gruppenprozesse gefördert wurden. Diese tendierten in ihrer vor allem nach Innen gewandten Blickrichtung dazu, das Ganze des Umfeldes aus den Augen zu verlieren.

Diese fünf Gründe haben – zwar nicht je für sich, aber doch in ihrer Interaktion – dazu beigetragen, Volk und Volkspartei zusehends voneinander zu entfremden. Dabei bestand parteiintern zuweilen eine unheilige Allianz zwischen aktiver Ignoranz dieser Gründe aus Machterhaltsbestreben und übersteigter Individualisierung der Führungspersönlichkeiten. Letztere wurde oft als „Modernisierung“ ausgegeben, was bei den Wählern nie ganz durchdrang. Immer weniger gingen aus Sicht der Bürger aus den Volksparteien Persönlichkeiten hervor, denen man zutraute, das Ganze glaubhaft breit und über eigene Ansichten und Interessen hinaus zu tragen – notgedrungen auch zum eigenen Nachteil.

Ergebnis? Einzelkämpfer konnten vermehrt Debatten gegen die Mitte der Mehrheitsvernunft vom Zaun brechen, was in den Zeiten des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre. So etwa über Mietpreis-Festsetzungen oder gleich über das „Ende des Kapitalismus“, beides in offenem Kontrast zur sozialen Marktwirtschaft. Manche dieser Debatten, die zum Teil im Konflikt mit Verfassungsgrundsätzen standen, irritierten die Wähler, die

hier nun auch innerhalb der Volksparteien radikale Einzel-Stimmen vernahmen, die sich offenbar Gehör verschaffen konnten.

In Summe dieser Fehlentwicklungen könnte das Modell Volkspartei in den kommenden Jahren tatsächlich in die Phase eines grundlegenden Erneuerungsprozesses eintreten. Das könnte, positiv gesehen, der Beginn eines – möglicherweise sogar transnationalen – Neuaufbaus der politischen Mitte Europas aus der Besinnung auf das Grundsätzliche und Grundlegende heraus sein. Um nicht Populisten und Spezialisierungsparteien das Feld alleine zu überlassen, sondern die Vernunftmitte neu zur Geltung zu bringen: Worauf wäre zu achten? Und welche Perspektiven sind realistisch möglich?

Alle Antworten, wie unterschiedlich sie auch ausfallen, und wie genau differenziert sie auch diskutiert werden müssen, haben im Kern mit der *Wiederverbindung von Volkspartei und Volk* zu tun. Das wird angesichts des verbrauchten Rufs nicht einfach, ist aber möglich – wenn die Volksparteien nicht nur eine äußerlich-formale, sondern auch eine innere Trendwende herbeiführen. Diese muss konsequent, auf Dauer angelegt und auch menschlich – in den Persönlichkeiten – glaubwürdig sein.

Im Kern gilt es dazu an vorderster Stelle zwischen gesundem und ungesundem Populismus zu unterscheiden. Denn beide: das Format Demokratie und das Format Volkspartei als das „Laboratorium im Kleinen“ moderner Demokratie sind ihrer Natur nach „populistisch“ – es kommt jedoch darauf an, wie und in welcher Perspektive. Diese Aussage ist zweifellos heikel und bedarf einigen Unterbaus. Deshalb wollen wir an dieser Stelle kurz zurück zu den geistigen Ursprüngen von Volkspartei blicken – ohne dass dies gleich als „historische Rekonstruktion“ gelten will. Darauf aufbauend gilt es dann nach vorne zu schauen.